

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

2.5.1928 (No. 103)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karls-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Amend,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kasirabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Betreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewährung übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Zur Auslese des Berufsnachwuchses

Die Öffentlichkeit und insbesondere die Wirtschaftsverbände beschäftigen sich in den letzten Jahren in ständig steigendem Maße mit der Frage der Berufseignungsprüfungen, ihren Vor- und Nachteilen. Es dürfte daher eine Schilderung der Gesichtspunkte von Interesse sein, die den Prüfungen und Prüfmethoden der Berufsberatungstellen bei den Arbeitsämtern in Unter- und Mittelbaden zugrundeliegen. Die systematische Durchführung von Eignungsprüfungen durch die Arbeitsämter in Oberbaden war bisher bedauerlicherweise noch nicht möglich. Doch sind auch hier Ansätze vorhanden, und es steht zu hoffen, daß im nächsten Winter die Abnahme der Prüfungen allgemein wird erfolgen können. Die Eignungsprüfungen sind den Berufsberatungstellen allerdings nicht etwa das einzige Mittel zur Beurteilung des jugendlichen Berufswärters, sondern ein Hilfsmittel unter anderen. Daneben steht die Bewertung des Urteils von Elternhaus, Schule und Schularzt und des persönlichen Eindruckes des Berufsberaters von dem Jugendlichen. Eine gewisse Bedeutung aber wohnt den Eignungsprüfungen doch inne, selbst wenn gelegentlich Fehlurteile vorkommen. Diese sind noch kein Grund, die Prüfungen überhaupt zu verwerfen. Auch dem Arzt unterlaufen wohl einmal Irrtümer, ohne daß etwa deswegen die ärztliche Kunst gänzlich abgelehnt wird.

Man hat eingewandt, die Probezeit sei für den Lehrling die beste Eignungsprüfung. Ohne Zweifel gibt die Probezeit dem Arbeitgeber Gelegenheit, den jungen Lehrling recht gut kennenzulernen und vielfach auch festzustellen, ob er für seinen Beruf und für seinen Betrieb geeignet ist. Wieviel Zeit und Mühe aber muß oft während der Probezeit aufgewandt werden, bis der Arbeitgeber erkannt hat, daß der betreffende Jugendliche für seine Arbeit nicht taugt! Wieviel Ärger und Geldverlust hat der Meister, wieviel Unlust und Niedriggedrücktsein der Lehrling zu ertragen! Dies alles wäre bei einer vorher vorgenommenen Eignungsprüfung in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle zu vermeiden gewesen. Die Probezeit soll selbstverständlich auch in Zukunft so wie bisher bestehen bleiben; aber die Voranlese durch die Eignungsprüfung kommt Lehrmeistern und Jugendlichen zur möglichst Vermeidung von Enttäuschungen zu Hilfe.

Es wird nun vielleicht gefragt werden, warum die Eignungsprüfungen wirklich Vorteile bieten, diese Prüfungen durch die Berufsberatungstellen der Arbeitsämter und nicht von den Wirtschaftsverbänden selbst abgenommen würden. Vereinzelt prüfen wohl auch große Industriefirmen oder handwerkliche Organisationen. Doch fehlt es an der genügenden Zahl vorgebildeter Prüflinge. Es ist selbstverständlich, daß die Prüfungen im Hinblick auf die Bedeutung, die ihr Ausgang durchaus für die Berufswahl hat, nur in wissenschaftlich durchaus einwandfreier Weise erfolgen dürfen.

Von den unter- und mittelbadischen Arbeitsämtern werden die Prüfungen unter Anleitung und Aufsicht der psychologischen Institute an der Handelshochschule Mannheim bzw. an der Technischen Hochschule Karlsruhe durchgeführt. Damit ist der Forderung nach einer wissenschaftlichen Grundlage der Prüfungen Rechnung getragen. Zu berücksichtigen ist ferner die Finanzierungsfrage. Die Arbeitsämter und die ihnen angegliederten Berufsberatungstellen werden bekanntlich aus den Beiträgen erhalten, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte für die Arbeitslosenversicherung bezahlen. Die wirtschaftlichen Organisationen und die einzelnen Arbeitgeber sind somit an der Benutzung der von ihnen selbst finanzierten Einrichtungen lebhaft interessiert.

Noch ein weiterer Gesichtspunkt ist in diesem Zusammenhang größter Beachtung wert, das ist die Frage, was mit denjenigen Jugendlichen geschehen soll, die sich in der von einem Arbeitgeber oder einem Wirtschaftsverband abgenommenen Prüfung als nicht oder weniger tauglich für einen bestimmten Beruf erweisen. Naturgemäß möchte jeder Beruf nur den allerbesten Nachwuchs haben. Wo aber sollen die Tausende und Zehntausende von Jugendlichen bleiben, die eben nicht überdurchschnittlich begabt sind und doch auch in der Wirtschaft eingegliedert werden müssen? Ihre Stärken suchen die Berufsberatungstellen herauszufinden, um ihnen dann zu denjenigen Berufen zu raten, für die sie ihren Anlagen nach am geeignetsten erscheinen. Dabei bleibt selbstverständlich dem Jugendlichen und seinen Eltern durchaus die freie Entscheidung überlassen, ob sie diesen Rat befolgen wollen.

In Mittelbaden schließt sich an diese Eignungsprüfung auf Wunsch von Prof. Dr. Friedrich von der Technischen Hochschule Karlsruhe noch eine Fähigkeitsschulung an. Sie erstreckt sich über den Zeitraum von 4 Jahr und erfährt die Jugendlichen wöchentlich je einen Nachmittag.

Daß die Abnahme der Eignungsprüfungen durch die Berufsberatungstellen einem Bedürfnis entgegenkommt, erhellt daraus, daß vielfach nicht nur einzelne Arbeitgeber, sondern in immer wachsender Zahl geschlossene Innungen Lehrlinge nur noch nach vorhergegangener Eignungsprüfung durch die Berufsberatungstelle annehmen. Im Winter 1926/27 dürften es schätzungsweise 1000 Prüflinge gewesen sein. In diesem Winter wird sich die Zahl voraussichtlich etwa verdreifachen. Auf diese Weise ergibt sich naturgemäß ein umfassendes Vergleichsmaterial, das geeignet ist, die weitere Ausgestaltung der Prüfungen sehr günstig zu beeinflussen.

### Der Streit bei der Rheinschiffahrt

W. D. Duisburg, 2. Mai. (Tel.) Seit heute vormittag liegt die ganze deutsche Rheinflotte still. Die Schiffe sind überall auf der Reise angehalten und außer Fahrt gesetzt worden. In den Hafengebieten wurde heute morgen noch gearbeitet; für heute nachmittag sind jedoch Versammlungen der Hafenedirektoren einberufen worden, in denen über eine Unterstützung des streikenden Schiffspersonals beschlossen werden soll.

### Letzte Nachrichten

#### Der Kellogg-Pakt

M. Berlin, 2. Mai. (Priv.-Tel.) Die Aufnahme der deutschen Note in Amerika ist ungewöhnlich freundlich. Besonders betonen die Blätter die Tatsache, daß das Staatsdepartement sie in vollem Wortlaut ohne jeden Kommentar veröffentlicht hat, was die volle Zustimmung zeige. „New York Herald“ glaubt, daß die übrigen Mächte nun nicht lange zögern werden, auch ihrerseits in Verhandlungen einzutreten, und „Chicago Tribune“ rechnet damit, daß Italien, Japan und England in gleichem Sinne wie Deutschland sich aussprechen werden, was allerdings übertrieben optimistisch erscheint. Das Blatt glaubt, daß Frankreich dann isoliert und gezwungen sein werde, sich diesem Spruch anzuschließen.

#### Die französische Regierung nach den Wahlen

M. Berlin, 2. Mai. (Priv.-Tel.) Das französische Kabinett wird vorläufig keine Umbildung erfahren, da man von der Kammer erwartet, daß sie bis zu ihrem Zusammentritt am 1. Juni noch erhebliche Umbildungen aufweisen werde. Es finden bereits Verhandlungen über den Zusammenschluß der Gruppen Loucheur und Franklin Bouillon statt, die dann eine 150 Mann starke Abgeordnetengruppe bilden würden. Auch geht die Bildung der neuen Gruppe auf der Rechten weiter. Es wird angenommen, daß nur Fallières, der infolge seiner Wahlüberlage auscheiden muß, sein Resignat abgibt. Wahrscheinlich wird es Cardon zunächst provisorisch verwaltet. Es scheint sich zu bestätigen, daß Poincaré das Schwergewicht weiter nach links verlegen will.

#### Strefemann über den Besuch Birkenheads

W. D. Köln, 2. Mai. (Tel.) Die „Königliche Zeitung“ veröffentlicht eine Unterredung mit Dr. Strefemann, in der dieser sich über den Berliner Besuch Lord Birkenheads folgendermaßen äußert: Ich habe Gelegenheit gehabt, Lord Birkenhead während seines Aufenthaltes in der Reichshauptstadt zweimal zu sehen und einmal mit ihm sehr ausführlich über die Beziehungen zwischen England und Deutschland zu sprechen. In dieser Besprechung ist der von einer gewissen Presse dem Minister zugeschriebene Versuch, ein englisch-französisch-deutsches Abkommen mit einer Spitze gegen Rußland zu begründen, in keiner Weise gemacht oder auch nur gestreift worden. Mir ist auch nicht das Geringste davon bekannt, daß dieser Versuch irgendeiner anderen verantwortlichen Stelle gegenüber gemacht worden sei. Wie Lord Birkenhead persönlich zu diesen Fragen eingestellt sei, und ob er dieser seiner persönlichen Einstellung in Privatgesprächen Ausdruck gegeben hat, muß ihm im übrigen selbstverständlich freistehen. Ich kann nur mit Dank feststellen, in welcher herzlicher Weise der englische Minister in seinen beiden Tischeden und in seinen Unterhaltungen dem Wunsch Ausdruck gegeben hat nach einer Zusammenarbeit zwischen England und Deutschland und nach Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen seinem Lande und uns. Der Besuch ist nicht nur ohne jeden Mißklang verlaufen, sondern hat, wie ich glaube, zur Annäherung vieler persönlicher Beziehungen geführt, die dem Verhältnis und der Politik beider Länder nützlich sein können. Umso mehr bedauere ich, daß der Besuch nachträglich diesen unbegründeten Kommentaren ausgesetzt war.

#### Der Prozeß gegen die deutschen Ingenieure

M. Berlin, 2. Mai. (Priv.-Tel.) Der Prozeß gegen die deutschen Ingenieure in Moskau wird nunmehr in der zweiten Hälfte des Monats stattfinden. Der von der A.G. bestellte deutsche Rechtsanwält M. u. t. h. e. Brannschweig, der als Sachwalter dienen soll, da ein deutscher Verteidiger nicht zugelassen worden ist, hat von der Sowjetregierung das Einreisevisum erhalten.

#### Der Verfassungs-Ausschuß

M. Berlin, 2. Mai. (Priv.-Tel.) Der von der Reichsregierung eingesetzte Verfassungsausschuß ist zum 4. Mai nach Berlin einberufen worden.

#### Ungarn fordert Auslieferung Bela Rhuns

W. D. Budapest, 2. Mai. (Tel.) Die ungarischen Behörden haben auf Grund des Repiprotokollvertrages zwischen Ungarn und Österreich das Auslieferungsbegehren für Bela Rhun gestellt.

Umbildung des japanischen Kabinetts. Das japanische Kabinett hat eine Reihe von Personalveränderungen beschlossen. Wie verlautet, werden der Innenminister und eine Anzahl anderer leitender Beamten zurücktreten. Mehrere führende Zeitungen hatten den Rücktritt des Innenministers verlangt, weil die Polizei Pressvertreter, die an einer kürzlich abgehaltenen sozialistischen Versammlung teilnahmen, mißhandelt hatte.

### \* Die französischen Wahlen

Die Franzosen sind zu beneiden. Sie haben sich eine Wahl geleistet, nach deren Ergebnis jede Partei versichert, sie habe gesiegt. Wie lange dieser Glaube anhalten wird, das ist allerdings eine andere Frage. Frühestens wird man bei der Konstituierung der Fraktionen in der Kammer feststellen können, wie stark denn nun eigentlich die einzelnen Parteien sind. Einstweilen darf sich — mit Ausnahme der Kommunisten — jede Partei dem frohen Gefühl hingeben, daß sie bei den jetzigen Wahlen recht gut abgeschnitten habe.

Diese Unsicherheit in der genauen Bezifferung der Fraktionsstärken erklärt sich aus der schon neulich besprochenen Tatsache, daß die diesmaligen Wahlen hauptsächlich durch innerpolitische bzw. lokalpolitische und auch durch rein persönliche Gesichtspunkte bestimmt waren. Erst dann, wenn die Kammer eröffnet ist, werden die einzelnen Abgeordneten offen und vor aller Welt ihren Platz wählen. Bis dahin wird der Streit über das Resultat hin- und hergehen.

Bezeichnenderweise ist sogar die amtliche Resultatliste des Innenministeriums berichtigt worden. Aber auch sie scheint noch nicht einwandfrei zu sein. Denn nach den statistischen Aufstellungen der radikalsozialen Partei ergibt sich wiederum ein ganz anderes Bild. Immerhin hätte die Gruppe der Rechtsrepublikaner (Gruppe Marin) gegen 1924 auch nach der Statistik der Radikalsozialen 11 Mandate erobert (nach der offiziellen Statistik 23 Mandate). Die Linksrepublikaner und Demokraten hätten gleichfalls Mandate hinzugewonnen, nämlich 12, nach der offiziellen Statistik sogar 21. Die Radikalsozialen selbst haben nach ihrer eigenen Berechnung gegen das Jahr 1924 7 Mandate verloren, nach der offiziellen Berechnung 15. Bei den republikanischen Sozialisten und den Sozialisten ist keine Verschiebung von Bedeutung eingetreten. Sie haben 145 Mandate gegenüber 146 im Jahre 1924. Dagegen haben die Kommunisten ein Duzend Mandate verloren.

Dieser Verlust der Kommunisten ist um so bemerkenswerter, als das Wahlergebnis im einzelnen zeigt, wie sehr die Partei bereits auch in jene Wahlkreise und Unterbezirke eingedrungen ist, die bisher kommunistische Stimmen so gut wie gar nicht aufzuweisen hatten. Im ganzen kann man sagen, daß die Stichwahl zumgunsten der Kommunisten ausgefallen ist; sie waren die eigentlichen Leidtragenden dabei. Und was die übrigen Parteien tun konnten, um sie bei der Stichwahl schlecht abschneiden zu lassen, haben sie getan. Die Kommunisten werden auch weiterhin in Frankreich ein bedenklicher Herd der Beunruhigung sein. Aber in der Kammer selbst wird ihr Einfluß mit 14—16 Mandaten gleich Null sein.

Sehr wenig erfreulich für die französische Regierung ist der Ausfall der Stichwahlen im Elsaß. Die Autonomen haben einen glänzenden Sieg errungen. Und es will immerhin etwas befremden, wenn man sieht, daß die gewählten autonomen Abgeordneten solche Persönlichkeiten sind, die in Untersuchungshaft sitzen bzw. sich jetzt vor dem Schwurgericht in Colmar zu verantworten haben.

Bei aller Vorsicht läßt sich auch heute schon ein summarisches Urteil über den Ausfall der französischen Kammerwahlen abgeben. Niemand wird bestreiten können, daß die Rechte einen gewissen Zuwachs an Mandaten erhalten hat, und zwar auf Kosten der Radikalsozialen. Groß ist dieser Zuwachs jedoch nicht. Wahrscheinlich wird die Rechte über eine einigermaßen zuverlässige Mehrheit in der Kammer nicht verfügen. Insofern hat die Linkspresse recht, wenn sie betont, daß die Parteien der Demokratie ihre Stellung behauptet haben. Die Republik, der soziale Fortschritt und die Politik des Friedens und der Verständigung seien auch in der neuen Kammer ausreichend gesichert.

Was die Person Poincarés betrifft, so steht sie nach wie vor im Mittelpunkt der französischen Politik. Wie man auch das Wahlergebnis deuten und beurteilen mag, Poincaré ist und bleibt der führende Staatsmann Frankreichs, und seine Stellung ist durch das Ergebnis der Wahl eher noch befestigt worden. Seine Politik dürfte nach allem, was darüber in letzter Zeit berichtet worden ist, eine ausgleichende Politik der Mitte sein. Man spricht davon, daß sich von der rechtsrepublikanischen Gruppe Marin eine besondere Parteigruppe ablösen wird, die unter der Führung eines speziellen Freundes von Poincaré steht und ihm treue Gefolgschaft





## Jahrmarkt für Jung und Alt

Städt. Ausstellungshalle Karlsruhe  
**Heute Mittwoch**

8-7 Uhr: Konzert, Kinderbefestigungen  
 1/2 4 Uhr: Kinderreigen, Puppenwagenwettbewerb  
 4 Uhr: Kinderkabarett (Marionetten-Theater)  
 8-1 Uhr: Konzert und Tanz  
 1/2 9-1/2 11 Uhr: Kabarett (Marionetten-Theater)  
 1/2 9 Uhr: Tanzschar und allgemeiner Tanz

548

Gammstraße 3 / Telephon 4879 / Neben der Bad. Presse

# ERICH BRAUN

Das Spezial-Geschäft für  
**Haus und Küche**

**ist eröffnet**

Große Auswahl! Prima Ware!  
 Billigste Preise

547

### Städtische Sparkasse Wertheim a. M.

Oeffentliche Sparkasse

**Bilanz auf 31. Dezember 1927.**

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	15 369,82	1. Spareinlagen	1 073 950,19
2. Guthaben bei Girozentrale, Reichsbank, Postsparkassendirektion	124 867,73	2. Aufwertungs-Spareinlagen	465 163,98
3. Wertpapiere	27 952,-	3. Giro- und Kontokorrenteinlagen	202 578,04
4. Wechsel	53 773,60	4. Rücklage-Reservefonds	27 906,03
5. Darlehen in laufender Rechnung	480 649,28	5. Reingewinn vom Jahre 1927	25 348,75
6. Darlehen geg. Hypothek	230 519,-		
7. Gemeinde-Darlehen	318 245,01		
8. Grundstückskaufgelder	870,50		
9. Lombard-Darlehen	2 601,-		
10. Darlehen auf Schuldschein	135 466,-		
11. Aufwertungs-Forderungen	239 799,04		
12. Aufwertungs-Abrechnungs-Konto	160 652,19		
13. Einnahmen-Rückstand	4 185,82		
14. Einrichtungs-Gegenstände	1,-		
Summe	1 794 951,99	Summe	1 794 951,99

**Berechnung der Rücklage.**

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
 5% aus 1 276 528,23 RM Einlagen = 63 826,41 RM  
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 = 53 254,78 RM  
 Somit weniger = 10 571,63 RM

Wertheim, den 21. April 1928. R.20  
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Baron. Der Geschäftsleiter: G. G. H.

**Nehmen Sie** bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

## Staats-Lotterie

Die Auszahlung der Gewinne aus der 1. Klasse, sowie die Erneuerung der Lose zur 2. Klasse der

### 31./257. Preuß.-Südd. Klassenlotterie

beginnt am

**Samstag, den 28. April 1928**  
 in meinen beiden Geschäften.  
 Schluß der Erneuerung: 534  
**8. Mai 1928.**



**Zwerg**  
 Badischer Lotterien-Einnehmer  
 Karlsruhe i. B.  
 Hebelstraße 11 und  
 Waldstraße 38  
 Telephon 4828  
 Postscheckk. 17808

### Städtische Sparkasse Oppenau.

Oeffentliche Sparkasse.

**Bilanz per 31. Dezember 1926 und 1927.**

Vermögen.	1926	1927	Schulden.	1926	1927
1. Kassenbestand	7 350,46	6 132,60	1. Spareinlagen	430 324,01	642 067,11
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkassendirektion	13 413,26	26 675,94	2. Giroeinlagen	65 130,06	74 554,79
3. Wertpapiere	1,-	1,-	3. Anlehens- und andere Schulden	49 532,96	90 922,35
4. Wechsel	1,-	3 568,72	4. Rücklagen		
5. Darlehen auf Hypothek	341 935,32	528 652,56	a) gesetzliche Reservefond	9 740,29	16 642,28
6. Darlehen auf Schuldschein	68 826,42	96 313,73	b) Aufwertungsstock	670,-	15 432,99
7. Darlehen an Gemeinden und öffentl. Körperschaften	130 771,85	188 630,23	5. Reingewinn	6 901,99	10 356,26
8. Veräußerungen	1,-	1,-			
	562 299,31	849 975,78		562 299,31	849 975,78

**Berechnung der Rücklagen 1926.**

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
 5% aus 495 454,07 RM Einlagen = 24 772,70 RM  
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres = 17 312,28 RM  
 somit weniger = 7 460,42 RM

Oppenau, den 26. April 1928. R.21  
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Bruder. Der Geschäftsleiter: Bächle. Der Kontrolleur: Junge.

**Berechnung der Rücklagen 1927.**

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
 5% aus 716 621,90 RM Einlagen = 35 831,05 RM  
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres = 26 998,54 RM  
 somit weniger = 8 832,51 RM

Centralboden

## Preussische Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft

Von unseren neuen

### 8 1/2 Gold-Komm.-Schuldverschreibungen

vom Jahre 1927, mit April-Oktober-Zinsen,  
 — nach Preuß. Gesetz mündelsicher —

die an der Berliner Börse bereits amtlich notiert werden und deren Zulassung an den Börsen von Frankfurt a. M., Hamburg, Köln und Leipzig beantragt ist, legen wir

### 5 000 000 Goldmark

zum Kurse von **95,25%**  
 — zusätzlich Stückzinsen vom 1. April bis zum Abnahmetage —  
 zur Zeichnung auf.

Die Zeichnung findet statt  
**vom 2. bis zum 22. Mai 1928,**  
 früherer Schluß vorbehalten,  
 bei der Preussischen Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft,  
 Direction der Disconto-Gesellschaft  
 und deren Zweiganstalten,  
 S. Bleichröder, Berlin,  
 Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln,  
**in Karlsruhe (Baden) bei der Badischen Bank**  
 Straus & Co.  
 Süddeutschen Disconto-Gesellschaft N.G. Filiale  
 Karlsruhe

und bei den sonstigen Zeichnungsstellen sowie bei allen Bankfirmen und Sparkassen, wo auch ausführliche Prospekte zu beziehen sind.

Die Abnahme der Stücke kann jederzeit bis 15. Juni d. J. geschehen.

Die Sicherheit der Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen beruht auf in ein besonderes Gold-Komm.-Darlehnsregister eingetragenen gleichwertigen Darlehen, welche die Gesellschaft an Körperschaften des öffentlichen Rechts oder an wirtschaftliche Unternehmungen unter voller Garantie solcher Körperschaft gewährt hat.

**Eine Kündigung ist bis 1933 ausgeschlossen.** Die Tilgung muß spätestens 1938 beendet sein.

Stücke über 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 Goldmark. Unsere Gold-Schuldverschreibungen sind von der Reichsbank zur Beleihung zugelassen.

Preussische Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft  
 Berlin NW 7, Unter den Linden 48/49 546

**Bekanntmachung.**

Die Besetzung des Bezirkes I im Amtsbezirk Weinheim.

Der Bezirke I mit dem Sitz in Weinheim und umfassend die Stadtgemeinde Weinheim mit dem Weiler Nächstebach ist alsbald zu besetzen.

Schriftliche Bewerbungen sind gemäß § 7 der Raminierungsordnung vom 29. November 1921 bis 20. Mai 1928 hierher einzureichen. R. 999

Den Bewerbungen sind die in § 7 Absatz 1 der genannten Verordnung vorgeschriebenen Unterlagen beizufügen. Weinheim, den 19. April 1928.  
 Bad. Bezirksamt.

Bei der Stadtgemeinde Donaueschingen ist die Stelle des

## Polizei-Oberwachtmeisters

wegen Zurücksetzung des bisherigen Inhabers auf 1. Juli 1928 zu besetzen. S. 545

Personen, welche die staatliche Polizeischule mit Erfolg besucht, oder eine bestimmte Mindestzeit in der staatlichen Ordnungspolizei oder bei der Gendarmerie zurückgelegt haben, wollen ihre Bewerbungen bis spätestens 20. Mai d. J. unter Anschluß von Zeugnissen und Angabe der Gehaltsansprüche einreichen an das

**Bürgermeisteramt Donaueschingen.**

Detektiv-Institut u. Privat-Konkurrenz

**Argus** Mannheim  
 O 6, 6  
 Planken  
 Telephon 33305  
 A. Maler & Co., G.m.b.H.

**Les Bücher**  
 Wissen ist Macht!

**Badisches Landes-theater**

Donnerstag, 3. Mai  
 D 26 (Donnerstagsmiete).  
 Th.-Gem. 1401-1550

**Geitenprinz**  
 von Kurt Goek

In Szene gesetzt von Eugen Schulz-Weiden

Die Taube in der Hand

Balthasar Dahlen  
 Adolar Leitgeb  
 Alice Bertram  
 Beatrice Quajfer

Der Hund im Hirn

Professor v. d. Trend  
 Frau Professor Mietens  
 Litteri Brand  
 Johann Prütter  
 Tobby

Herr Schulze  
 Frau Willer  
 Bobby Moebke  
 Tobby Höder  
 Stubenmädchen Center

Minna Magdalena

Professor Müller  
 Frau Professor Ziegler  
 Carl Berg  
 Minna Mademacher

Anfang 19 1/2 Ende 22  
 I. Rang und I. Sperrsiß  
 5 RM

Fr. 4. Mai: Die Kronpräsidenten. Sa., 5. Mai: Cyrano von Bergerac.

**COLOSSEUM**

Vom 1.-15. Mai  
 täglich  
 8 Uhr abends

**Brasilianische Revue**  
 Sascha Morgowa

R.28. Böhli i. B. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Josef Braun, sowie deren Inhaber in Böhliertal wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Böhli i. B., 30. April 28. Bad. Amtsgericht.

R.29. Wiesloch. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma S. Salomon Söhne, Zigarrenfabriken in Waldhof wird nach Festätigung des Vergleichs aufgehoben. Wiesloch, den 26. April 28. Bad. Amtsgericht.

Wiesloch. R.00

In das Güterrechtsregister Band I Seite 286 wurde eingetragen: Robert Wösch, Malermeister u. dessen Ehefrau Elise geb. Müller in Sennfeld: Durch Ehevertrag vom 16. Juli 1927 ist vollständige Gütertrennung unter Ausschließung der Verwaltung und Nutzung des Ehemannes gemäß § 1426 ff. B.G.B. bestimmt. Wiesloch, 1. Mai 1928. Amtsgericht.